



**Historischer Verein für Mittelbaden
Mitgliedergruppe Schiltach/Schenkenzell e.V.**



www.geschichte-schiltach-schenkenzell.de

„Deutsche wacht auf!“ Vor 100 Jahren: Der „völkisch soziale Block“ in Schiltach

Von Hans Harter

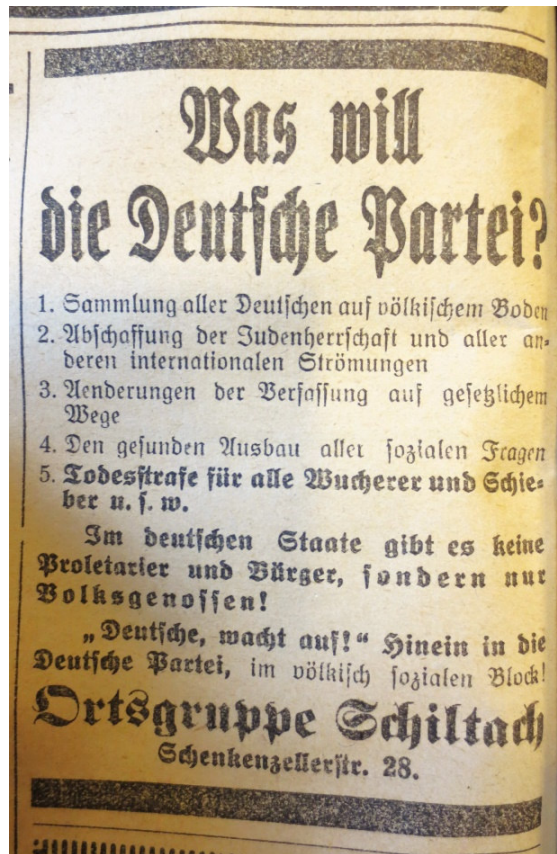
1923 ging als „Krisenjahr“ in die deutsche Geschichte ein: Inflation, Ruhrkampf, Putschversuche von Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die erste, 1919 geschaffene Demokratie. Einer ihrer Politiker war Hermann Dietrich, Vorsitzender der Demokratischen Partei (DDP) in Baden, der im März 1924 in Schiltach über die „schweren Ereignisse“ sprach. Er geißelte die „Abenteurerpolitik der extremen Parteien“ als „Verbrechen an der deutschen Zukunft“. Dem widersprach ein „völkischer Diskussionsredner“, der aber namenlos blieb.

Wenig später stellte er seine Gruppierung in einer Zeitungsanzeige vor: „Deutsche Partei im völkisch sozialen Block, Ortsgruppe Schiltach, Schenkenzellerstr. 28.“ Dort nannte er ihre Ziele. An erster Stelle stand die „Sammlung aller Deutschen auf völkischem Boden“, womit er die Bildung eines rassistisch „reinen“ Volkes meinte, unter Ausschluss aller „Undeutschen“.

Mit „Judenherrschaft“ griff er das Konstrukt einer „jüdischen Weltverschwörung“ auf. „Änderungen der Verfassung“ zielten auf die Errichtung einer Diktatur. „Todesstrafe für Wucherer und Schieber“ bedeuteten „kurze Prozesse“ und unverhältnismäßige Strafen. „Nur noch Volksgenossen im deutschen Staate“ hieß: Eine einheitliche Volksmasse ohne Parteien und Interessen, ohne freie politische Betätigung, ohne Kritik und Opposition.

Diese Werbung erschien gezielt: Am 4. Mai 1924 standen Reichstagswahlen an, für die der „Völkisch-soziale Block“ zu Versammlungen nach Schiltach und Schenkenzell einlud. Themen: „Die völkische Bewegung“ und „Deutschland am Scheideweg“. Ein Termin fiel aus, da der Redner in Nordbaden „überfallen und durch einen Schuss verwundet wurde“. Für ihn kam Dr. Eckard, Zahnarzt aus Mannheim, Landesleiter der Partei. Trotz ihrer Radikalität fand sie Wähler: In Schiltach 138, Lehengericht 63, Schenkenzell 25, Bergzell 4, Kaltbrunn 3.

Hinter dem „Völkisch-sozialen Block“ verbarg sich die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP), die 1920 in München gegründet worden war. In Baden 1922 verboten, blieb sie unter dem Tarnnamen aber weiter aktiv. Offenbar bestand auch in Schiltach eine Ortsgruppe, ihre Adresse war die von Buchbindermeister Otto Dresse. Er hatte sich hierher verheiratet und betrieb mit zusammen Karl Geßner am Marktplatz ein Schreibwaren- und Druckereigeschäft. 1930 wurde er zum Gemeindeverordneten der NSDAP gewählt und übte Ämter im Schützen- und Militärverein aus. Später zog er nach Schramberg, als er 1937 starb, war er Reisender bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Karlsruhe.



Anzeige aus „Der Kinzigtäler“ vom 8.4.1924 (Stadtarchiv Wolfach).

Von der NSDAP, die 1925 neu gegründet worden war, ist in Schiltach wieder im April 1929 zu lesen, als ihre Bezirksgruppe eine Versammlung mit „Lehrer Lenz“ abhielt, einem Propaganda-Redner aus Heidelberg: „Er rollte das Programm seiner Partei in großen Zügen auf, vor wenigen Interessenten“, doch „nahm die Aussprache heftige Formen an“, so „Der Kinzigtäler“. Genauer berichtet es der Gerbereiteilhaber Gottlieb Trautwein: „Mit anderen Demokraten habe ich die Versammlung gesprengt, sodass die Polizei eingreifen musste.“

Protest und Widerstand gegen die antidemokratische und rassistische Partei kam auch von Arbeiterseite. 1926 hatte sich hier eine Ortsgruppe des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet, das sich als Kampfverband für die Demokratie verstand. Der Fabrikant Fritz Karlin war ebenfalls gegen die Nazis: Sie wollten „eine Diktatur“, und er hoffte, dass dies „im Interesse der Menschenwürde, des Friedens und des Fortschritts“ verhindert werden könne.

Mit der Wirtschafts- und Arbeitslosenkrise ab 1929 wurden solche Warnungen aber immer weniger gehört. Daran sollte man sich erinnern, wenn heute erneut nationalistisch-völkische Positionen vertreten werden, die, wie Fritz Karlin es damals voraussah, wieder in Diktatur und Menschenverachtung enden könnten.

*Dieser Bericht erschien erstmals am 19. September 2024 im „Schwarzwälder Bote“
und am 07. Februar 2025 im „Offenburger Tageblatt“*